



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft
und Finanzen der Stadt Eberswalde
am 16.03.2017, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 24. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 09.02.2017
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - Vorschläge zum Rahmenarbeitsplan
 - Auswertung Tag der Entscheidung 2016 (Bürgerbudget 2017)
 - Sonstige Informationen
8. Informationsvorlagen
9. **Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung**

10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

10.1. Vorlage:	Einreicher/zuständige Dienststelle:
BV/0446/2017	10 – Hauptamt

1. Änderung des Stellenplans 2017/2018 gemäß § 9 KomHKV

10.2. Vorlage:	Einreicher/zuständige Dienststelle:
BV/0447/2017	83 – Zoo

Genehmigung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für einen Indoorspielplatz im Zoologischen Garten Eberswalde

10.3. Vorlage:	Einreicher/zuständige Dienststelle:
BV/0452/2017	Fraktion CDU-Fraktion

Parkregelung für Kurzzeitparker von 20 auf 30 Minuten erhöhen

TOP 1:

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Jur, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen eröffnet die Sitzung um 18:15 Uhr.

TOP 2:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Jur stellt fest:

- form- und fristgerecht geladen
- 9 Mitglieder und 1 zusätzliches Mitglied anwesend
- Wirtschafts- und Finanzausschuss beschlussfähig
- keine Einwendungen

TOP 3:

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 24. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 09.02.2017

Herr Jur liest die schriftliche Einwendung, **Anlage 2**, zur Niederschrift der 24. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen zu den Tagesordnungspunkten 11.2. und 11.5. vor.

Abstimmung über die Einwendung: mehrstimmig abgelehnt

Herr Jur liest die schriftliche Einwendung, **Anlage 3**, zur Niederschrift der 24. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen zum Tagesordnungspunkt 8, dritter Anstrich. vor.

Es wird festgestellt, dass die Einwendung entfällt. Die genannten Zahlen liegen allen Ausschussmitgliedern in Form einer Übersicht, **Anlage 4**, als Tischvorlage vor.

Mündliche Einwendungen gibt es nicht.

TOP 4:

Feststellung der Tagesordnung

Abstimmung zur Tagesordnung: einstimmig angenommen

TOP 5:

Informationen des Vorsitzenden

Herr Jur teilt mit, dass

- vor der Sitzung das Antwortschreiben auf die Frage von Herrn Martin in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 01.12.2016 zum Tagesordnungspunkt 8.1. ausgereicht wurde. Dieses Schreiben liegt der öffentlichen Niederschrift als **Anlage 5** bei.

TOP 6:

Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

TOP 7:

Informationen aus der Stadtverwaltung

- Vorschläge zum Rahmenarbeitsplan

Den Ausschussmitgliedern wurde vor der Sitzung der Rahmenarbeitsplan für den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen 2017 vorgelegt – **Anlage 6**.

Frau Stibane erläutert die Vorgehensweise der Verwaltung bei der Auswahl der Themen für den Rahmenarbeitsplan 2017 des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen. Sie erklärt, dass Themenwünsche der Fraktionen, die das laufende Geschäft betreffen, jederzeit im Ausschuss behandelt werden können.

Herr Dr. König ergänzt die Ausführungen von Frau Stibane. Er schlägt vor, anlassbezogen unter dem Tagesordnungspunkt „Informationen aus der Stadtverwaltung“ über die Arbeit der Verbände und Händler mit der Verwaltung zu berichten. Einladungen einzelner Unternehmen bzw. Verbände könnten Unstimmigkeiten hervorrufen. Weiterhin wird Herr Dr. König über aktuelle Geschehnisse berichten, immer unter der Voraussetzung, dass es ihm gestattet ist, mit den Informationen an die Öffentlichkeit gehen zu dürfen. Herr Dr. König sagt weiter, dass er über den Arbeitsstand in den einzelnen Stadtteilen vertretungsweise für einen fehlenden Citymanager berichten wird.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jur betont, dass es jederzeit möglich ist, wichtige Themen, über die die Mitglieder diskutieren möchten, auch nachträglich mit aufgenommen werden können.

Abstimmung zum vorliegenden Rahmenarbeitsplan: einstimmig angenommen

- Auswertung Tag der Entscheidung 2016 (Bürgerbudget 2017)

Herr Siebert stellt eine Präsentation zum Thema vor, die als **Anlage 8** der öffentlichen Niederschrift beigelegt ist.

Herr Wolff:

- fragt, wie viele Eberswalder stimmberechtigt sind

Herr Siebert wird die Zahl eruieren.

Frau Stibane und Herr Siebert bedanken sich beim gesamten Team der Kämmerei für die hervorragende Arbeit.

- Sonstige Informationen

Frau Stibane informiert zum Thema Grünannahmestellen und den aktuellen Bearbeitungsstand. Dazu gehört, so Frau Stibane, dass mit dem Siedlerverband der Clara-Zetkin-Siedlung Kontakt aufgenommen wird, dass mit dem Landkreis über die zwei verbliebenen Grünannahmestellen gesprochen wird und dass an einer temporären Lösung gearbeitet wird, die den allmählichen Rückbau bauordnungs- und umweltrechtlich begleitet. Nicht zuletzt steht die Bäumung der befüllten vier Standorte an, die mit einer für den städtischen Haushalt möglichst verträglichen finanziellen Belastung organisiert werden soll. Weiterhin teilt Frau Stibane mit, dass in der 26. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Geschäftsführer der Kreiswerke Barnim, Herr Christian Mehnert zum Abfallwirtschaftskonzept informieren wird.

Herr Markmann:

- fragt, ob Kosten in Höhe von 400 T€ für Abtransport und Entsorgung des Lagergutes zutreffend sind

- möchte wissen, wie diese Kosten ermittelt wurden und um welche Mengen es geht
- fragt, ob darüber nachgedacht wurde, das Lagergut per Kompostierung in Rohstoffe zu wandeln

Die Kosten beruhen auf Schätzungen über die Mengen an Grüngut, die in den vier Annahmestellen lagern. Die ermittelten Kubikmeter und Tonnagen und die dafür erforderlichen Container für den Abtransport ergaben die geschätzten Kosten. Zum Thema Kompostierung werden sich die Fragen mit dem Besuch von Herrn Mehnert in der nächsten Ausschusssitzung sicher klären.

Frau Stibane geht kurz auf die Tischvorlage „Haushaltsdaten ‚Plan‘ / vorläufiges ‚Ist‘ per 28.02.2017“ ein, die vor der Sitzung verteilt worden ist. Sie liegt der öffentlichen Niederschrift als **Anlage 7** bei. Sie möchte hiermit der Berichtspflicht zur Erfüllung des Haushaltsplanes auch unterjährig nachkommen.

Sie teilt weiterhin mit, dass mit den Einladungsunterlagen den Ausschussmitgliedern die Rückmeldung des Landkreise Barnim zur Haushaltssatzung 2017/2018 zugegangen ist (zu TOP 7).

Herr Trieloff:

- fragt, ob die unter Rückstellungen aufgeführten Pensionsrückstellungen angelegt werden können

Herr Siebert erklärt, dass Rückstellungen keine liquiden Mittel sind und nicht angelegt werden können.

Herr Dr. König trennt inhaltlich die Anfrage AF/0072/2017 von Herrn Morgenroth aus der 24. Ausschusssitzung zum Brandschutz im Bahnwerk Eberswalde und die erfolgten mündlichen Nachfragen von Herrn Kurth. Die Anfrage AF/0072/2017 bezog sich auf die öffentliche Berichterstattung, welche sich auf das bei der Übernahme erörterte Thema Brandschutz bezog. Herr Dr. König teilt mit, dass ein Sachverständiger im Auftrag der Bahn den bauordnungsrechtlichen Brandschutz geprüft hat. Die durch den Beauftragten notierten Punkte, die bei veränderter Produktion einzuhalten wären, sind Firmeninterna jedoch bei der Übergabe an den neuen Betreiber besprochen und mit der Aussage „Brandschutz ist nicht gegeben“ an die Öffentlichkeit gelangt.

Für Kontrollen beim Brandschutz ist das Eisenbahnbundesamt zuständig, nicht die Stadt Eberswalde. Die Stadt Eberswalde ist somit bauordnungsrechtlich nicht verantwortlich. Ob eine Nachkontrolle stattgefunden hat, kann Herr Dr. König nicht sagen.

Der jetzige Betreiber hat diese Studie zum Anlass genommen, um sich mit der Bahn auszutauschen. Das Ergebnis ist: die Produktion am Standort ist nicht gefährdet, der Brandschutz ist erfüllt.

Diese Begutachtung war keine Brandverhütungsschau. Für Brandverhütungsschauen ist die Berufsfeuerwehr Eberswalde zuständig, so dass in diesem Punkt die Aussage von Herrn Kurth richtig war. Die letzte wurde 2014 durchgeführt und muss alle 5 Jahre wiederholt werden. Die Feuerwehr erfüllt die gesetzlich geregelten Pflichten.

Herr Dr. König macht weiterhin Ausführungen zum Thema „Citymanagement“ und erklärt dazu, dass durch den Antrag der CDU-Fraktion hierzu 30 T€ in den Haushalt eingestellt worden sind. Er sagt weiter, dass es den Händlern der Innenstadt aber nicht möglich ist, das Citymanagement zu begleiten bzw. sie auch nicht in der Lage sind, die weiteren notwendigen finanziellen Mittel aufzubringen. Die vom Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus unter dem Sachkonto „Stadtteilbelebung“ eingestellten 30 T€ kommen daher nun zum Tragen. Herr Dr. König berichtet, dass er sich in Gesprächen mit Vertretern der Stadtteile und den verschiedenen Händlervereinigungen befindet und dass diese bereits ergaben, dass sie sich auf die beiden Zentren Finow und Innenstadt konzentrieren werden. Er wird dazu eine entsprechende Förderrichtlinie, die gemeinsam mit den Händlern erarbeitet wird, vorlegen.

Herr Dr. König informiert zur aktuellen Situation in der Fa. Senvion. Er teilt mit, dass der Standort Trampe geschlossen wird und diese Schließung auch Auswirkungen auf die Senvion-Montage GmbH (28 Mitarbeiter) und die Service GmbH (29 Mitarbeiter) in Eberswalde hat. Zurzeit finden Gespräche über Sozialmaßnahmen bzw. Versetzungen der Mitarbeiter an andere Standorte statt.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die 17 Auszubildenden zu richten, die in der Fa. Senvion momentan ihre Ausbildung erhalten. Mit der Schließung werden diese Ausbildungsplätze und somit auch die Klasse im Oberstufenzentrum wegfallen. Das wurde Herrn Dr. König bereits bestätigt. Die Unterbringung dieser Auszubildenden in andere Firmen hat somit eine hohe Priorität.

TOP 8:

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9:

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

9.1. Information von Herrn Markmann

- informiert über den Antrag auf Förderung eines Sonnensegels für den Spielplatz der Kita „Gestiefelter Kater“ mit Mitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“

- ist der Ansicht, dass dies rechtswidrig sei, findet die Maßnahme aber ansonsten sehr sinnvoll und könnte sich vorstellen, sie aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren
- legt einen vorbereiteten Beschlussvorlag dahingehend vor und bittet die Fraktionen, da er nicht vorlageberechtigt ist, diesen einzureichen (**Anlage 9**)

Herr Jede:

- erklärt sich bereit, als Einreicher zu fungieren

Frau Kersten:

- fragt, warum von der Kita kein entsprechender Antrag im zuständigen Ausschuss gestellt wurde

Frau Stibane nimmt den Sachverhalt zwecks Klärung an die zuständigen Stellen mit.

TOP 10:

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1:

Vorlage:

BV/0446/2017

Einreicher/zuständige Dienststelle:

10 - Hauptamt

1. Änderung des Stellenplans 2017/2018 gemäß § 9 KomHKV

Herr Jur teilt mit, dass zur Beschlussvorlage BV/0446/2017 im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt folgende Streichungen vorgenommen und einstimmig befürwortet wurden:

- Sachverhaltsdarstellung Seite 5, letzter Satz: **befristet für 5 Jahre**
- Anlage 2, Blatt VI/34, Zeile 60.00.016, letzte Spalte: **1,000 k.w. zum 31.05.22**

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport befürwortete einstimmig diese Streichungen ebenfalls.

Frau Stibane sagt, dass es keiner weiteren Ausführungen ihrerseits bedarf, da die inhaltlichen Begründungen in den zuständigen Ausschüssen gegeben wurden.

Herr Trieloff:

- fragt, welche Auswirkungen die vier neuen Stellen im Kita-Bereich auf den Haushalt haben

Frau Stibane gibt den Hinweis, dass die voraussichtlichen Kosten ausführlich auf Seite 6 der Sachverhaltsdarstellung zu finden sind unter Punkt III. Sie teilt mit, dass den Ausschussmitgliedern erst dann eine weitere Vorlage über überplanmäßige Mehraufwendungen vorgelegt werden wird, wenn dies die Entwicklung der tatsächlich anfallenden Kosten gegen Jahresende 2017 ergeben sollte.

- möchte festhalten, dass die Streichung der Befristung für die zusätzliche Stelle Sachbearbeiter im Hochbau nur vorübergehend, aus ausschreibungstechnischen Gründen, erfolgt

Frau Stibane sagt die Beachtung seines Hinweises zu.

Herr Sponner:

- fragt, ob es noch Überlegungen gibt, die Beschlussvorlage zu unterteilen

Frau Stibane führt dazu aus, dass nach der Diskussion im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport, in der die Begründungen für die Zuführung der Stellen im Kita-Bereich erfolgten, eine Teilung nicht mehr erforderlich ist.

Herr Markmann:

- legt zur Beschlussvorlage eine Stellungnahme vor, die der öffentlichen Niederschrift als **Anlage 10** beigefügt ist
- ist der Meinung, dass der 1. Absatz unter Punkt I. „Ausgangssituation und Mehrbedarf im Amt für Bildung, Jugend und Sport“ auf Seite 3 der Sachverhaltsdarstellung rechtswidrig ist und beantragt, diesen zu streichen
- stimmt dem Stellen-Mehrbedarf im Kita-Bereich zu
- sieht den Mehrbedarf im Bereich Hochbau nicht begründet und beantragt aus diesem Grund, über die Beschlussvorlage getrennt abzustimmen

Frau Stibane stellt klar, dass ihrer Auffassung nach keine Rechtswidrigkeit vorliegt. Der Landkreis Barnim ist Anspruchsgegner bezüglich der Befriedigung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz. Die Stadt Eberswalde als einer der Träger muss ihrerseits bei Kita-Platz-Knappheit Entscheidungen treffen können, nach welchen Kriterien die Plätze vergeben werden.

Frau Kersten:

- kann in der Formulierung ebenfalls keinen Gesetzesverstoß erkennen

Herr Morgenroth:

- ist gegen eine getrennte Abstimmung über die Stellenplanänderung

Herr Jauer:

- möchte wissen, ob die Einsparung auf Seite 7 der Sachverhaltsdarstellung durch die Eingruppierung einer Kita-Leiterin von S 16 nach S13 durch eine Ausgleichszahlung zur Besitzstandswahrung aufgefangen wird

Frau Stibane nimmt die Frage zur Beantwortung mit in die Verwaltung.

Herr Markmann:

- bittet darüber abzustimmen, den ersten Absatz unter Punkt I. „Ausgangssituation und Mehrbedarf im Amt für Bildung, Jugend und Sport“ auf Seite 3 der Sachverhaltsdarstellung zu streichen

Frau Stibane merkt an, dass der Absatz nicht aus der Sachverhaltsdarstellung herausgenommen wird.

Eine Abstimmung erfolgt nicht.

Herr Markmann:

- bittet um Abstimmung seines Änderungsantrages, über die Beschlussvorlage getrennt nach den Bereichen abzustimmen und der Stellenänderung im Hochbau zuzustimmen

Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Markmann: einstimmig abgelehnt

Herr Jur stellt die Beschlussvorlage BV/0446/2017 mit den o. g. Streichungen zur Abstimmung

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage beigefügte 1. Änderung des Stellenplans 2017/2018 gemäß § 9 der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung- KomHKV).

In der Sachverhaltsdarstellung auf Seite 5 im letzten Satz wird „befristet für 5 Jahre“ gestrichen. Weiterhin wird in Anlage 2 auf Blatt VI/34, Zeile 60.00.016, letzte Spalte „1,000 k.w. zum 31.05.22“ gestrichen.

Boginski
Bürgermeister

Anlagen

- | | |
|----------|---|
| Anlage 1 | Anmerkungen zur 1. Änderung des Stellenplanes 2017/2018 gemäß § 9 KomHKV |
| Anlage 2 | 1. Änderung des Stellenplanes 2017/2018 gemäß § 9 KomHKV (Austauschblätter) |

TOP 10.2:

Vorlage:

BV/0447/2017

Einreicher/zuständige Dienststelle:

83 - Zoo

Genehmigung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für einen Indoorspielplatz im Zoologischen Garten Eberswalde

Herr Markmann:

- legt zur Beschlussvorlage eine Stellungnahme vor, die der öffentlichen Niederschrift als **Anlage 11** beigelegt ist

Herr Siebert sagt auf die Ausführungen eingehend, dass die von Herrn Markmann zitierten Paragraphen der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung Investitionen betreffen und nicht überplanmäßige Mittel. Die investive Maßnahme ist bereits im Haushalt abgebildet und beschlossen. Hier wird eine überplanmäßige Maßnahme vorgestellt, die innerhalb des Eiszeiterlebnispfades / Indoorspielplatzes nicht geplant war.

Im Genehmigungsverfahren der konsumtiven Ermächtigungen, erhält der Kämmerer von den entsprechenden Fachämtern für geplante Sanierungsmaßnahmen, Baumaßnahmen, etc. im Vorfeld bspw. Anträge zu Sollübertragungen aus Mehrerträgen innerhalb des Ergebnishaushaltes. Bei der vorliegenden Baumaßnahme handelt es sich aber nicht um einen konsumtiven Anteil des Ergebnishaushaltes (Aufwand), sondern um Mittel, die als Investitionen angesehen werden müssen. Herr Siebert sagt weiter, dass unter Beachtung der Wertgrenzen der überplanmäßigen Mittel in der Haushaltssatzung der Stadt Eberswalde, die bei der Erstellung der Beschlussvorlagen vorgegeben sind, diese Beschlussvorlage der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden muss. Diese kann nun entscheiden, ob Mehrerträge zu investiven Mittel werden sollen oder eben nicht.

Herrn Morgenroth:

- sagt, dass die Folgekosten nicht aufgeführt sind
- fragt nach den in Aussicht gestellten Fördermitteln der Pomerania für den Indoorspielplatz
- ist ebenfalls der Meinung, dass die erzielten Mehreinnahmen den Zuschussbedarf im konsumtiven Bereich senken sollten

Herr Tieloff:

- findet es gut, dass die Verwaltung mit dieser Beschlussvorlage die Mittelverwendung sehr transparent darstellt, dass es das ist, was die Ausschussmitglieder auch immer forderten
- bittet die Ausschussmitglieder, der Vorlage zuzustimmen

Herr Siebert sagt ergänzend, dass über sämtliche Folgekosten, wie Abschreibungen, Sonderposten usw. noch keine Aussagen getroffen werden können. Erst wenn die Maßnahme konkret geplant und abschließend die Gesamtanlage aktivierungspflichtig wird, können die Stadtverordneten die genauen Zahlen erhalten. Parallel zum Bearbeitungsstand wird dann im Ausschuss regelmäßig informiert.

Herr Sponner:

- wird sich der Abstimmung enthalten, da auch er sich nicht mit den Begründungen in der Vorlage einverstanden erklären kann

Frau Stibane verdeutlicht noch einmal das Ansinnen der Verwaltung mit dieser Vorlage und erklärt, dass die Ausschussmitglieder hier und jetzt gefragt werden, ob die ersparten Mittel, so wie in der Beschlussvorlage vorgeschlagen, verwendet werden oder beispielsweise in den Haushalt zurückfließen sollen.

Herr Otto:

- unterstützt den Antrag der Verwaltung

Herr Dombrowski skizziert kurz die Vorteile der Betreibung eines Indoorspielplatzes und wirbt um Zustimmung für die vorgelegte Beschlussvorlage. Er ergänzt seine Aussagen zur evtl. Förderung durch die Pomerania dahingehend, dass die Aussichten auf Zuschlagserteilung sehr gut sind.

Herr Jur stellt die Beschlussvorlage BV/0447/2017 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 290.000,00 € für die bauliche Vorbereitung für einen Indoorspielplatz im Zoologischen Garten Eberswalde.

TOP 10.3:

Vorlage:

BV/0452/2017

Einreicher/zuständige Dienststelle:

Fraktion CDU-Fraktion

Parkregelung für Kurzzeitparker von 20 auf 30 Minuten erhöhen

Frau Stibane merkt an, dass die vorliegende Beschlussvorlage auch den Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt betrifft, weil es um das von der StVV beschlossene Parkraumbewirtschaftungskonzept geht. Da die Fortschreibung dieses Konzeptes, die hiervon berührt wird, bereits einige Jahre zurückliegt und in 2018 erneut vorgenommen werden wird, hat die Verwaltung Bedenken, die Vorlage hier zur Abstimmung zu bringen, bevor Auswirkungen noch nicht evaluiert werden konnten. Sie nennt einige Zahlen, z. B. dass von jährlich ca. 442.500 angeforderten Tickets knapp 300.000 Tickets, also ca. 65 % mit der Brötchentaste belegt sind, sodass ohne die Brötchentaste ca. 220 T € Mehreinnahmen anfallen würden und dass

bei Erhöhung der Parkzeit von 20 auf 30 Minuten mit etwa 20 T € Mindereinnahmen zu rechnen wäre.

Herr Jede:

- ist der Meinung, dass die Verlängerung der Parkzeit den Einzelhandel nicht unterstützen würde, denn auch in 30 Minuten ist ein ausgiebiger Einkauf nicht erledigt

Herr Dr. Spangenberg:

- sieht keine Veranlassung der Verlängerung der Parkzeit mit Brötchentaste zuzustimmen, geht dabei von persönlichen Erfahrungen aus

Herr Sponner:

- würde die Parkzeitverlängerung befürworten, fragt sich allerdings, was die Umrüstung der Automaten kosten könnte
- wäre dafür, dass der Einreicher sich überlegt, diesen Vorschlag in das Parkraumbewirtschaftungskonzept einfließen zu lassen

Herr Voigt:

- begrüßt im Namen der Senioren die Vorlage

Herr Trieloff:

- ist auch der Meinung, dass die Auswirkungen, die dieser Beschluss mit sich bringen würde, nicht überschaubar sind
- möchte, dass der Einreicher sich dem Vorschlag anschließt, diese Vorlage mit in den Evaluierungsprozess des Parkraumbewirtschaftungskonzept einfließen zu lassen

Herr Morgenroth:

- vertritt ebenfalls die Meinung, dass eine 10-minütige Verlängerung der Parkzeit den Langzeiteinkäufern nicht dienlich ist
- sagt, dass durch die Parkzeitverlängerung weniger Bürger Parkmöglichkeiten hätten, nämlich statt bisher drei nur noch zwei

Herr Jur sagt abschließend, dass er sich über die Diskussion freut und macht deutlich, dass das ein Thema ist, was die Bürger bewegt. Er sagt, dass in der Fraktion nach einem Kompromiss gesucht worden ist, nach dem die hier vorliegende Beschlussvorlage entstanden ist. Herr Jur möchte, dass die Beschlussvorlage votiert wird und teilt mit, dass seine Fraktion bis zum Hauptausschuss über die Vorlage diskutieren und gegebenenfalls mit der Verwaltung zu einer anderen Entscheidung kommen wird.

Herr Jur stellt die Beschlussvorlage BV/0452/2017 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung nicht vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die bestehende Parkregelung für Kurzzeitparker, in den parkgebührenpflichtigen Bereichen, die ein kurzzeitiges kostenfreies Parken ermöglicht, von 20 auf 30 Minuten zu erhöhen.

Herr Jur beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:12 Uhr.

J u r
Vorsitzender des Ausschusses
für Wirtschaft und Finanzen

Heilmann
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 9 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die Kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Danko Jur

- **Ausschussmitglied**
Winfried Bohn
Irene Kersten
Daniel Kurth
Karl-Dietrich Laffin
Conrad Morgenroth
Dr. Günther Spangenberg
Gottfried Sponner
Götz Trieloff
Ringo Wrase
entschuldigt

- **zusätzliches Ausschussmitglied**
Viktor Jede

- **sachkundige Einwohner/innen**
Dr.-Ing. Uwe Fischer
Ronny Fölsner
Michael Jauer
Gerd Markmann
Manfred Martin
Dipl.-Ing. Martin Mischel
Michael Otto
Steve Rennert
Stephan Thörmer
Michael Wolff
entschuldigt
entschuldigt

- **Dezernent/in**
Petra Stibane

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Siegfried Dombrowski
Dr. Jan König
Edmund Lenke
Sven Siebert
Zu TOP 10.2

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Werner Voigt